

SHORT NEWS

Die Rückkehr der Cegedel

(lm) - Verstaatlichen! Mit dem Vorschlag, die öffentliche Hand solle die Stromnetze übernehmen, sorgte der grüne Europaabgeordnete Claude Turmes 2005 für Erstaunen. Immerhin befand sich die Welt, Europa und die luxemburgische Politsphäre noch immer im Liberalisierungswahn. Noch erstaunlicher war, dass Energieminister Jeannot Krecké zwei Jahre später Turmes' Idee aufgriff. Bei der Schaffung der neuen Firma Enovos wurde dieses Ziel fast, aber nicht ganz umgesetzt. Etienne Schneider, Kreckés Nachfolger, ließ eine weitere Gelegenheit aus, als 2012 ArcelorMittal seine Anteile an Enovos verkaufte. Als „inakzeptabel“ bezeichneten es damals Déi Lénk, dass die Regierung der Fondsgesellschaft Axa den Vortritt ließ. Doch diesmal ist alles anders: Als vor ein paar Tagen bekannt wurde, dass auch das Energieunternehmen RWE seine Anteile an Enovos loswerden will, schlug der LSAP-Abgeordnete Fränk Arndt vor, von dem Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen. Der Mouvement écologique, der lange darauf hoffte, mit Marktmechanismen die Energiewirtschaft zu ökologisieren, stieß in die gleiche Kerbe. Und Etienne Schneider ließ wissen, man strebe tatsächlich an, die Aktienmehrheit am gesamten Energiekonzern zu übernehmen. Bemerkenswert, denn 2005 klang die Forderung nach Energienetzen in öffentlicher Hand schon fast nach Kommunismus. Andererseits, befand sich bereits in den 1970ern der damalige Strom-Monopolist Cegedel de facto unter staatlicher Kontrolle.

Travailleurs détachés : compromis ou pis-aller ?

(lm) - Un petit pas contre le dumping social, c'est ce qu'a sans doute fait le parlement européen lors de sa dernière séance. En effet, il a adopté à peu près tel quel le compromis négocié au niveau des Etats membres pour une adaptation de la directive « détachement » (woxx 1245). Rappelons que celle-ci règle les droits sociaux des travailleurs temporairement détachés dans un autre pays. Le texte adopté mercredi a été considéré comme satisfaisant aussi bien par les leaders du Parti populaire européen que par ceux du Parti socialiste européen. Interrogée par le woxx, la députée socialiste française Isabelle Thomas s'est montrée plus réservée. Certes, le texte présenterait des avancées notables, mais un problème fondamental demeurerait, celui de la primauté des règles du marché intérieur sur les droits sociaux. Bernadette Ségol, secrétaire générale de la Confédération européenne des syndicats, se montre plus sévère. Au mieux, le Parlement aurait simplement échoué à renforcer la directive, et au pire, « il a compromis la capacité des Etats membres qui essaient vraiment d'appliquer cette Directive de le faire à l'avenir ». En effet, la Confédération redoute que certaines mesures de contrôle pourront être invalidées par la Commission européenne.

De la pertinence de l'escargot

(da) - Dans le cadre des - qui aurait pu le deviner ? - élections européennes, « Europe Écologie Les Verts », Déi Gréng et le parti pirate français invitent à une conférence de Bernard Legros sur le sujet de la décroissance. Le porte-parole du Mouvement politique des objecteurs de croissance, militant d'Attac et auteur de « La pertinence de l'escargot. En route vers la décroissance ! » sera au local « Am Garage » (70, route d'Esch) à Luxembourg, le jeudi, 24 avril. La conférence débutera à 19h30 et l'entrée sera gratuite.

Earth Day 2014: Grüne Städte

(lm) - Am 22. April findet der internationale Earth Day statt. 1970 erstmalig in den USA eingeführt, hat das Event seit den 1990er Jahren weltweite Bedeutung. Dieses Jahr steht der Earth Day unter dem Motto „Green Cities“. „Über die Hälfte der Weltbevölkerung lebt heute in Städten“, liest man auf www.earthday.org (nur englisch!). Angesichts des Klimawandels müssten sich die Städte in Bereichen wie energieeffiziente Bauweisen, öffentlicher Nahverkehr und sanfte Verkehrsmittel verändern. Die damit einhergehende Kampagne beschränkt sich bisher leider auf die USA und auf ... US-Botschaften weltweit.

AKTUELL

BUDGET 2014

Kein Kommentar

Richard Graf

Der finanzpolitische Fahrplan der Regierung wird auch nach den Haushaltsdebatten kaum deutlicher sein.

Außer dem Berichterstatter Eugène Berger (DP) scheint niemand sich so richtig für den „Zwischen“-Haushalt 2014 zu begeistern. Der Finanzminister, dessen Erstlingsrede zum Budget im März als „technokratisch“, „trocken“ und „unspektakulär“ bezeichnet wurde, aber auch die CSV-Opposition, die ja bei dem 2014er Haushalt in weiten Teilen noch federführend war, wollen wohl nicht zu viel Energie und Zeit in die in der kommenden Woche in der Chamber stattfindenden Haushaltsdebatten investieren.

Obwohl die Arbeiten unter komplizierten Bedingungen und auch noch verspätet in Angriff genommen wurden, gab Berger noch weit vor den Osterfeiertagen seinen Bericht ab. Den Abgeordneten stand dieser somit gute zwei Wochen zum intensiven Studium zur Verfügung - so etwas passiert nicht alle Jahre.

Arbeitseifer

Doch der Arbeitseifer des DP-Fraktionschefs wird nicht so recht gewürdigt. Die Zentralbank gibt sich zugewandt und hat gar keinen Avis zu dem Staatshaushalt abgegeben. In einer Pressemitteilung heisst es, sie konzentrierte sich stattdessen auf ein Bulletin, das im Juni erscheinen soll und die Staatsfinanzen zum Thema haben wird. Die Stellungnahme kann man auch so lesen: Weil die jüngsten Konjunkturdaten in der Gesetzesvorlage noch keine Berücksichtigung fanden, ist ein näheres Studium nicht sehr sinnvoll. Damit wissen die Abgeordneten zumindest, für wie sinnvoll die Zentralbank ihre Arbeit der letzten Wochen erachtet. Ganz nebenbei forderte Zentralbankchef Gaston Reinesch auch noch den ungehinderten Zugang zu allen relevanten Daten und Statistiken, damit seine Institution ihrer Rolle besser gerecht werden könne.

Auch der Staatsrat gibt an, sich nur mit den großen Eckwerten des Haushalts beschäftigt zu haben - „aus Mangel an Zeit“. Allerdings wird diese Formel schon seit Jahren vom Staatsrat verwendet, sicherlich um den bescheidenen Umfang (16 bis 20 Seiten) des Gutachtens zu rechtfertigen. Die Berufungskammern hauen da schon mal etwas heftiger in die Tasten - wobei sie per „copy and paste“ vor allem ihre Mantras der jeweils letzten Jahre übertragen.

Während die Zentralbank die nötige Transparenz vermisst, mahnt die Handelskammer zu mehr Weitsicht: „Gouverner c'est prévoir“, bemerkt in einer Jeudi-Kolumne der frischgebackene Direktor der Handelskammer an die Adresse seines alten Chefs und will damit zum Ausdruck bringen, dass der Haushalt 2014 von zu optimistischen Wachstumszahlen ausgeht. Genau das Gegenteil vermeldet die Staatsbeamtenkammer, die natürlich die Sparparolen der Regierung für übertrieben oder gar unnütz erklärt, während die Saliarskammer das Defizit durch Mehreinnahmen bei denen, die die breiteren Schultern haben, ausgleichen will.

Doch der Versuch, das Jahr 2014 und seinen Haushalt als eine Art Klammer zu betrachten, scheitert an den täglich neuen Meldungen über Kürzungen in den verschiedensten Bereichen. Während die Reform der Studienbörsen inzwischen zu Streikmaßnahmen führt, sind andere Kürzungen nur beim zweiten Hinsehen überhaupt bemerkt, beziehungsweise in ihren wahrscheinlichen Auswirkungen erkannt worden. Doch im Hochschulbereich oder in der Kultur wächst der Unmut. Fast scheint es, als würden gerade die, die am meisten zur Wechselstimmung beigetragen haben, deren ersten Opfer werden.

Die Groteske um die Ausstellung zum Ersten Weltkrieg hat einen auch terminlich peinlichen Nachgeschmack: Übernächste Woche feiert Luxemburg seine 175jährige Unabhängigkeit ganz offiziell. Wenige Tage nachdem die Chamber mehrheitlich ein Budget verabschiedet haben wird, das eine der bedeutendsten Zäsuren dieser Geschichte nicht mehr adäquat dokumentieren will.

In seinem Bericht versucht es Berger - ganz der ehemalige Lehrer - auf die pädagogische Art und gibt zehn Wege an, auf denen Luxemburg aus der aus seiner Sicht bedrohlichen Lage herauskommen kann. Er nennt sie „Chancen“, wobei es sich bei diesen zum Teil natürlich um die bekannten Ansätze handelt, die Luxemburgs Attraktivität als Wirtschafts-Standort erhalten oder gar verbessern sollen. Und auch bei ihm sind es - von Tagesstätten angefangen, über verbesserte Bildungsangebote bis hin zu mehr Wohnungsbau - vor allem Vorhaben, die eher größere als geringere Ausgaben bedeuten. Also mehr Finanzbedarf des Staates - dennoch aber will er Luxemburgs „stabiles fiskales Umfeld“ und seinen „sozialen Frieden“ als Attraktion für neue Investoren gewahrt wissen.